

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Amt für Familie
Geschäftsstelle des Landesjugendhilfeausschusses
FS 16/ 900.12-2-2

**Niederschrift
über die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses
am 23.02.2015**

Anwesende: vgl. ANLAGE 1

Beginn der Sitzung: 15:10 Uhr

Ende der Sitzung: 17:05 Uhr

Tagesordnung:

1. Festlegung der Tagesordnung und
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 19.01.2015
2. Berichte
3. Aktuelles aus der Verwaltung
4. Koordinierungsstelle individuelle Unterbringung
5. Projekt Jugend aktiv plus
8. Verschiedenes

1. Festlegung der Tagesordnung und Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 19.01.2015

begreißt die anwesenden Mitglieder und Gäste. Die Tagesordnung wird festgestellt. Die Niederschrift vom 19.01.2015 wird ohne Änderungen genehmigt.

2. Berichte

berichtet, der GA habe am 06. Februar getagt und diese sowie die kommende Sitzung vorbereitet. Die Deputation habe am 26.01.2015 getagt. Themen von Relevanz für den LJHA seien nicht behandelt worden.

3. Aktuelles aus der Verwaltung

informiert, dass im Jahr 2014 878 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) durch den LEB in Obhut genommen wurden. Derzeit würden rund 485 UMF in Erstversorgungseinrichtungen (EVE) betreut. 378 UMF und 529 volljährige Flüchtlinge seien in HzE (Stichtag 31.01.2015). Insgesamt würden derzeit 1392 UMF durch die Hamburger Jugendhilfe betreut. Von diesen fallen rund 72, überwiegend männliche UMF durch besonders delinquentes Verhalten auf. 32 UMF würden durch das FIT betreut. 19 befänden sich in Untersuchungshaft, drei weitere UMF in Strafhaft.

Der LEB baue seine Plätze zur Erstversorgung weiter aus. Bis Mai würden 200 weitere Plätze in insgesamt fünf Einrichtungen zur Verfügung stehen. Bis Jahresende wolle man die Erstversorgung in der Feuerbergstraße einstellen und dort nur noch den KJND beherbergen. Dies sei jedoch abhängig von der geplanten Umverteilung der UMF auf Bundesebene. Werde die geplante Umverteilung nicht umgesetzt, müssten weitere 200-300 Plätze zur Erstversorgung geschaffen werden.

Die Zuständigkeit für die Amtsvormundschaften der UMF sei zum 01.12.2014 von den Bezirksämtern auf die BASFI (FS 44) verlagert worden, um Beziehungsabbrüchen entgegenzuwirken. Zudem seien die Kapazitäten bei anderen Vormundschaftsträgern aufgestockt worden. Engpässe habe es in der Vergangenheit bei der ausländerrechtlichen Ersterfassung der UMF gegeben, diese seien mittlerweile durch wöchentliche Sondertermine des LEB im Einwohnerzentralamt behoben. Zur Durchführung der Infektionsschutzuntersuchungen wurde das Personal im Gesundheitsamt Altona aufgestockt. Ein multiperspektivisches Clearingverfahren zum Umgang mit „auffälligen“ UMF sei in Vorbereitung. Die Übergänge ins Schulwesen würden kontinuierlich verbessert. Allein im vergangenen Schulhalbjahr habe die Schulbehörde 80 multinationale Vorbereitungsklassen eingerichtet. Für ältere UMF werde ein produktions-schulähnliches Bildungsangebot eingerichtet. Auch die Folgeunterbringung nach HzE werde weiter verfolgt gestalte sich aber grundsätzlich schwierig.

Die UMF, die derzeit in der Haldesdorfer Straße untergebracht sind, würden voraussichtlich Mitte März in eine neue Einrichtung im Bullerdeich umziehen, die geeignetere bauliche Voraussetzungen für die Betreuung der Jugendlichen biete. Die Einrichtung Haldesdorfer Straße werde dann an einen Freien Träger weitergegeben, der dort im Auftrag des LEB weiter UMF betreuen werde. Die psychiatrische Versorgung der UMF sei neu aufgestellt worden. Die EVE hätten eine Partner-Psychiatrie (Kinderkrankenhaus Wilhelmstift, das UKE und die Asklepios Klinik Harburg), die je nach Standort der EVE die Betreuung der UMF übernehme.

Für die zahlreichen Personen, die sich rund um die EVE des LEB engagieren, wird beim LEB eine Koordinierungsstelle eingerichtet.

Zur Prüfung des Rechnungshofs „Zuwendungen an einen Träger der Kinder- und Jugendhilfe“ führt aus, dass die BASFI die Forderungen und Empfehlungen des Rechnungshofes hinsichtlich der Verwendung von Eigenmitteln nachvollziehen kann.

weist darauf hin, dass Hamburg eine beim Bundesministerium anhängige Initiative zur Änderung des § 77 SGB VIII unterstütze. Diese ziele darauf ab, dass bei Interesse des öffentlichen Jugendhilfeträgers bei bestimmten Angeboten auf Eigenmittel verzichtet werden könne/ solle. Mit dieser gesetzlichen Änderung wolle man auch die sozialräumlichen Ansätze absichern und die gesetzlichen Leistungen dahingehend ausdrücklich erweitern.

4. Koordinierungsstelle individuelle Unterbringung

berichtet, dass die Koordinierungsstelle zum April 2014 ihre Arbeit aufgenommen habe. Die Koordinatorin sei . Seit April 2014 wurden 21 Anfragen durch die bezirklichen Regionalleitungen an die Koordinierungsstelle herangetragen. 11 Anfragen wurden im Fallverbund beraten, 6 Anfragen wurden durch Vernetzung vermittelt sowie 4 Anfragen wurden direkt von im Jugendamt beraten.

Bei der Zielgruppe der Koordinierungsstelle handele es sich vor allem um junge Menschen (2/3 männlich, 1/3 weiblich), deren Problemlagen oft so vielschichtig sind, dass einzelne Institutionen, Träger und Professionen, die mit der Problemlösung verbundenen Herausforderungen allein nicht bewältigen können. Oft würden diese jungen Menschen häufige Beziehungsabbrüche, delinquentes- und/oder gewalttätiges Verhalten, Schulabstinenz, Drogenmissbrauch und eine auf Dauer fehlende Lebensperspektive zeigen. Vielfach würde die Unterbringung dieser Jugendlichen in stationären Hilfen auf Grund von erheblichen Konflikten vorzeitig, ohne Zielerreichung und einer alternativen Unterbringung beendet, obwohl ein erheblicher weiterer Hilfebedarf vorliege. Sobald ein solcher Fall an die Koordinierungsstelle herangetragen werde, würde dieser noch einmal komplett von vorn aufgerollt und anschließend im Fallverbund vorgestellt. Der Fallverbund bestehe neben der Koordinatorin der Koordinierungsstelle aus der fallführenden Fachkraft des ASD/ FIT, sechs Leitungskräfte der Träger aus dem Trägerverbund sowie weiteren maßgeblich beteiligten Personen bspw. aus den Bereichen Amtsvormundschaft, Jugendgerichtshilfe, Psychiatrie. Im Fallverbund würde gemeinsam darüber beraten, was es braucht, damit es dem Jugendlichen besser gehe. Es würden Hypothesen gebildet, die anschließend mit dem Jugendlichen vorgestellt werden. In permanenter Rücksprache mit dem Jugendlichen und dessen Vorstellungen würden die nächsten Schritte weiterverfolgt. Jeder Jugendliche bekomme einen persönlichen Begleiter zur Seite gestellt, der den gesamten weiteren Hilfeverlauf begleitet. Dieser Betreuer könne bereits persönlich mit dem Jugendlichen bekannt und vertraut sein. Sei kein geeigneter Betreuer bekannt, werde gezielt eine Person gesucht. Das Scheitern eines Falls sei möglich. Der Fall verbleibe dann im Fallverbund und es werde ein neuer Plan entwickelt.

führt aus, dass die kontinuierliche Betreuung/ Verantwortung einer Person für den Fall maßgeblich Anteil am Gelingen habe. Zudem Sorge eine gewisse Dynamik im Fallverbund für stets neue Impulse, Flexibilität und Kreativität.

Für die weitere Betreuung der Jugendlichen spreche die Koordinierungsstelle nicht nur Träger des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes an. Wünschenswert für die Zukunft sei, dass sich noch mehr kooperationswillige Träger finden. Hinsichtlich der Abrechnung von Leistungen greife man auf bestehende Leistungs- und Entgeltvereinbarungen zurück bzw. schließe ggf. Einzelvereinbarungen ab.

Die Fragen der Ausschussmitglieder werden zufriedenstellend beantwortet. Der Landesjugendhilfeausschuss empfindet die Koordinierungsstelle als lohnenswerte Ergänzung der Jugendhilfelandtschaft und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5. Projekt Jugend aktiv plus

und stellen das Projekt anhand einer Präsentation (vgl. ANLAGE 2) vor. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden zufriedenstellend beantwortet. Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

Auf Nachfrage von berichtet , dass nach Abschluss eines zweiten zentralen Stellenausschreibungsverfahrens für den ASD in vielen Abteilungen ein normaler Personalbestand erreicht worden sei. ASD-Abteilungen bei denen die personelle Ausstattung weiterhin nicht ausreichend sei, würden in den kommenden Ausschreibungsverfahren über eine zwischen den Bezirksamtern vereinbarte Verteilungsquote bevorzugt berücksichtigt.

informiert, dass ver.di mit einer Tarifrunde zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes beginne.

gez.

(Vorsitz)

gez.

(Protokoll)

Landesjugendhilfeausschuss

Anwesenheitsliste

Sitzung am 23.02.2015

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			
16			
17			
18			

Landesjugendhilfeausschuss
Anwesenheitsliste
Sonstige Teilnehmer

Sitzung am 23.02.2015

Lfd. Nr.	Name	Funktion	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			
16			
17			
18			

AKTIV PLUS



*Begleitung, Unterstützung,
Qualifizierungs- und
Jobprojekte*

 (Lawaetz-Stiftung)



Europäische Union

Europäischer Sozialfonds ESF
Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!


Hamburg1

Eckpunkte



Laufzeit:	01.01.2014 – 31.12.2016
Dachträgerschaft:	Lawaetz-Stiftung
Durchführung:	11 Träger der Jugendhilfe
Aktionsbereich:	Alle Bezirke der FHH (in ausgewählten Sozialräumen)
Finanzierung:	
SHA Bezirke:	2.466.000 €
Lern- und Arbeitsprojekte:	1.300.000 €
ESF:	2.100.000 €
Summe:	5.866.000 €



Europäische Union

Europäischer Sozialfonds ESF
Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!



Hamburg

Zielgruppen



Junge Menschen im Alter von 18 – 25/27,
die

- über keine berufliche Perspektive verfügen
- von den Angeboten der Jugendsozialarbeit /
Straßensozialarbeit nicht (mehr) erreicht werden,
- aus Angeboten der SGB II-Träger herausfallen
- Alleinerziehend oder junge Eltern (U 27) sind



Europäische Union

Europäischer Sozialfonds ESF
Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!



Hamburg

Ziele



- Beruflichen Aktivierung und soziale (Re-) Integration
- Entwicklung und Verknüpfung von Betreuungs-, Begleitungs- und Unterstützungsangeboten
- Aufbau von (Kooperations-)strukturen und Verstetigung – u.a. mit ASD, JBA, StraSos
- → *jugendhilfespezifische Schnittstelle zur Jugendberufsagentur*
- Aufbau von bezirksübergreifenden Netzwerken



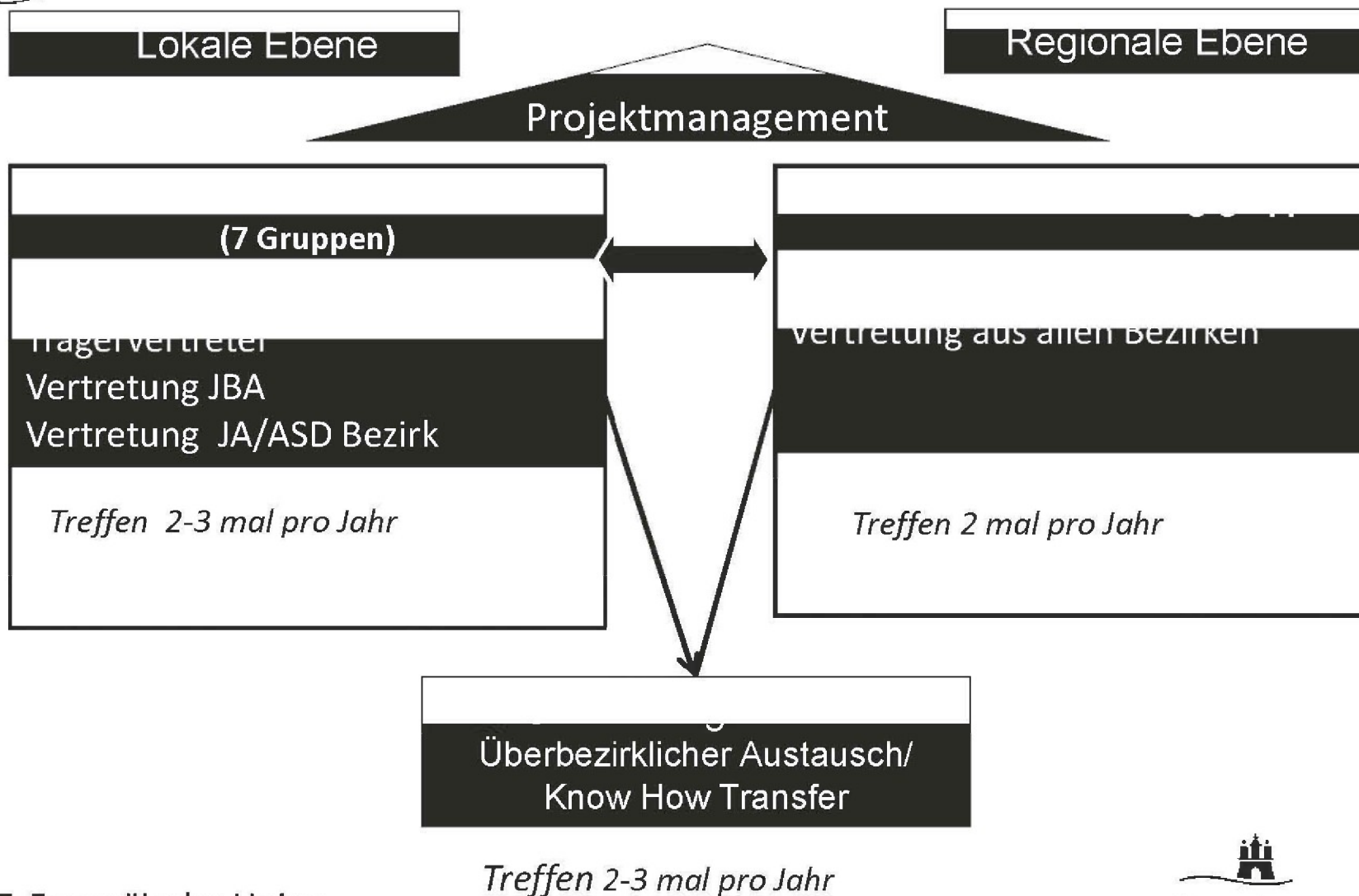
Europäische Union

Europäischer Sozialfonds ESF
Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!



Hamburg

Kooperationsstruktur



Qualifizierungs- u. Jobprojekte - Eckpunkte



- Anbindung der TN an das Projekt Jugend Aktiv Plus
- Betreuung und Coaching durch Jugend Aktiv Plus
- Vermittlung der TN an Kooperations-/ Eigenbetriebe im Sozialraum in versch. Gewerken → Realitätsbezug
- Festlegung der Arbeitszeiten in Abstimmung mit den TN
- Zeitrahmen: maximal 3 Monate mit Option auf Verlängerung um 3 Monate
- Motivationsprämie maximal 100 € bzw. bei Jobprojekt Vergütung – maximal 5 € pro Stunde.



Europäische Union

Europäischer Sozialfonds ESF
Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!



Hamburg

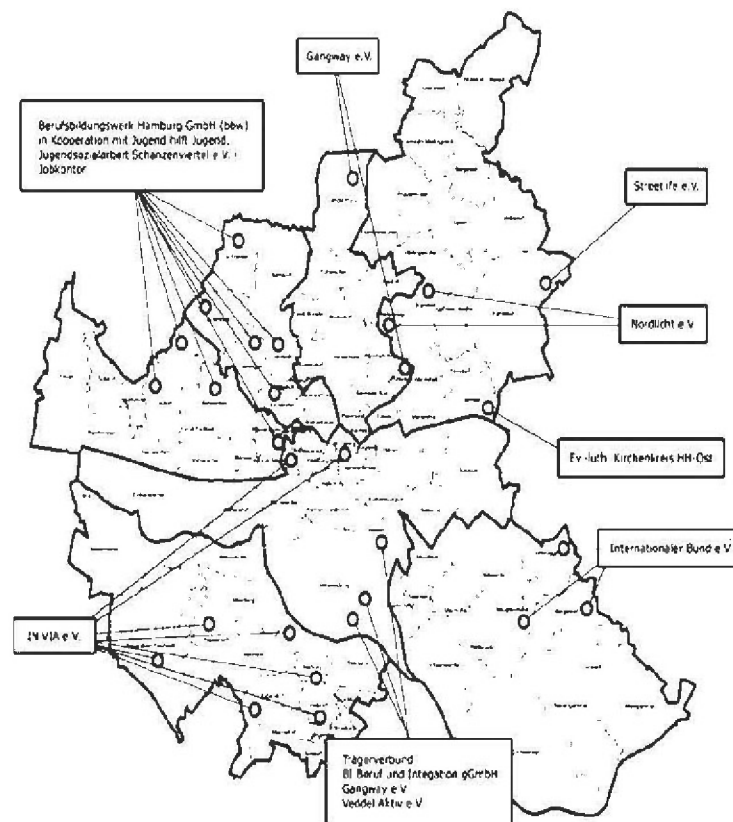
Erfolgsbaustein 1: **Lokale und regionale Kooperation**

Lokale Kooperation mit

- Jugendberufsagenturen
- Jugendämtern / ASD, Beratungsstellen

Regionale Kooperation

- Know-how Transfer zwischen Bezirken und Trägern



Erfolgsbaustein 2: Niedrigschwellig und individuell

- Niedrigschwellige Erreichbarkeit
- Freiwilligkeit
- Individuelle Lösungsansätze
- Sozialräumliche Einbindung



Europäische Union

Europäischer Sozialfonds ESF
Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!

Erfolgsbaustein 3: **Qualifizierungs- und Jobprojekte**



- Arbeitserprobung/strukturiertes Arbeiten
- Berufliche Vorqualifikation
- soziale Stabilisierung der TN
- Wertschätzung und Wichtigkeit für Andere erleben
- Erwerb von Schlüsselqualifikationen, wie Pünktlichkeit, Teamfähigkeit, Verlässlichkeit
- Anschließende Integration in Fort- und Ausbildung bzw. Arbeitsmarktintegration



Europäische Union

Europäischer Sozialfonds ESF
Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!

Ergebnisse (2014)



Insgesamt in Betreuung/ Coaching	622
- davon noch im Coachingprozess	204
- davon Betreuung/Coaching beendet	418
- davon aktiviert	320 76,6%

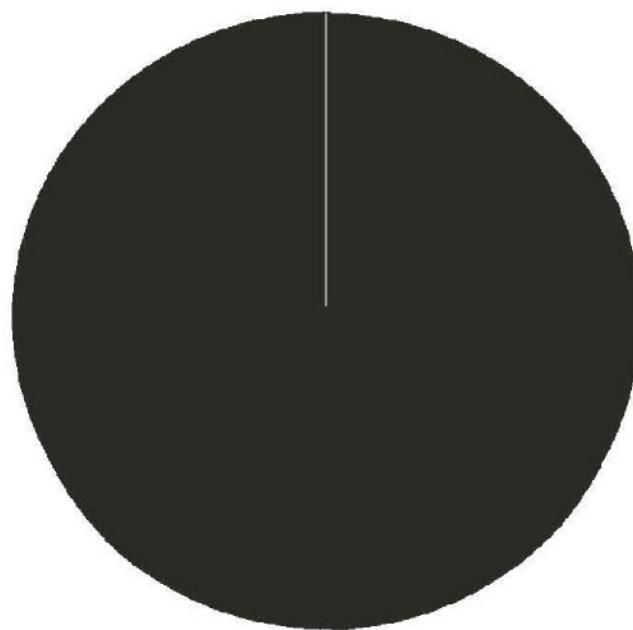


Europäische Union

Europäischer Sozialfonds ESF
Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!

Ergebnisse - Geschlecht

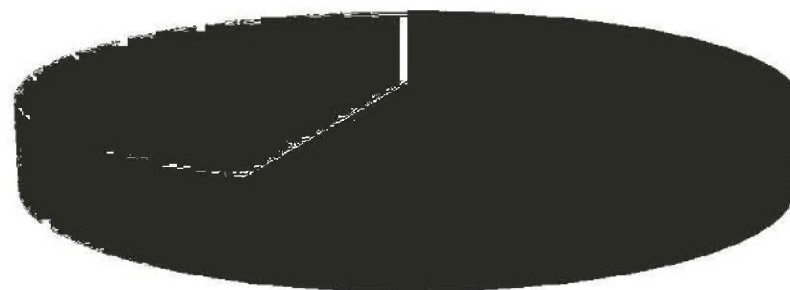
■ männlich ■ weiblich



Europäische Union

Europäischer Sozialfonds ESF
Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!

Ergebnisse - Nationalität



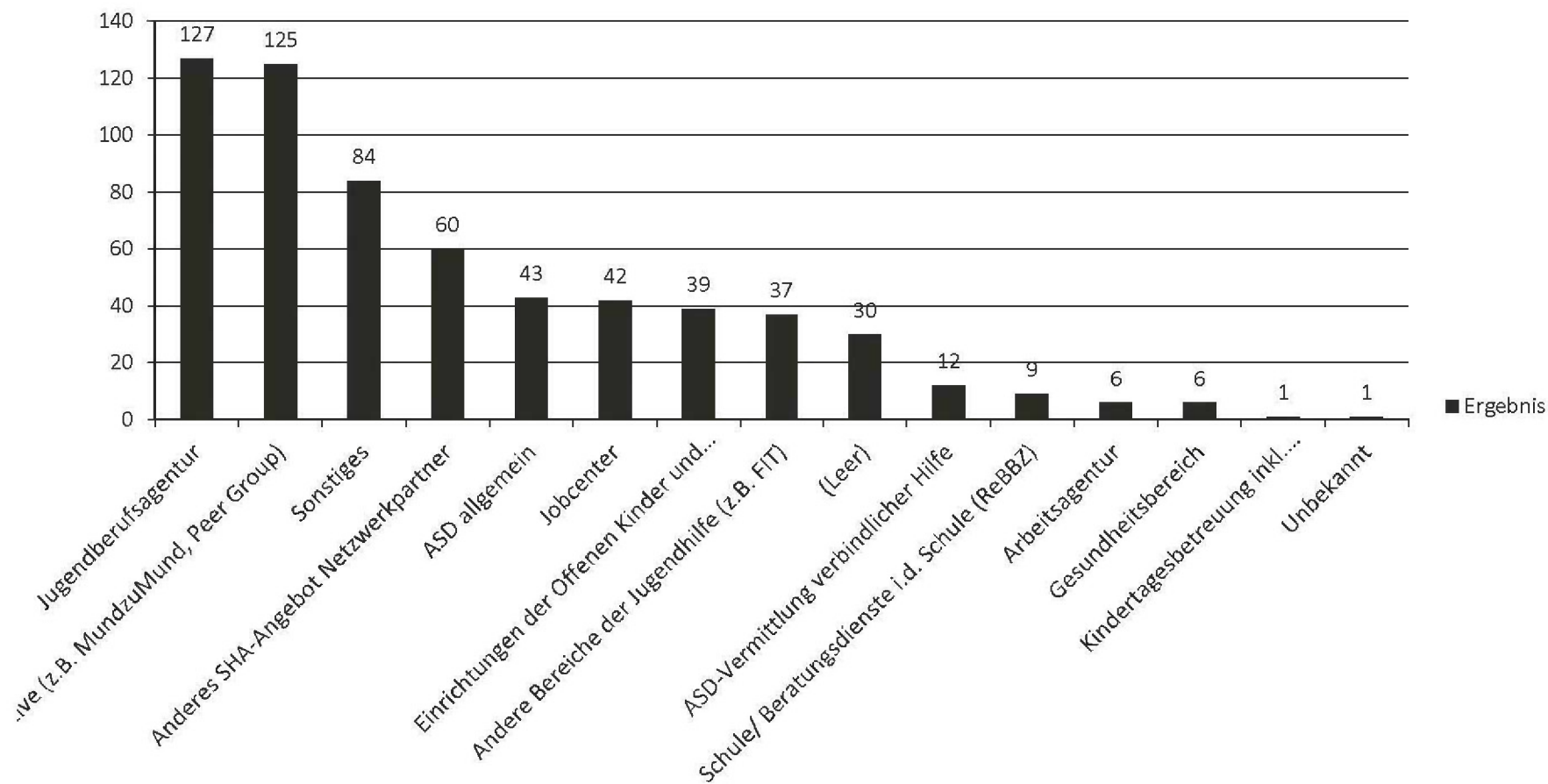
- ausländische Staatsbürgerschaft
- deutsch mit Migrationshintergrund
- deutsche Staatsbürgerschaft



Europäische Union

Europäischer Sozialfonds ESF
Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!

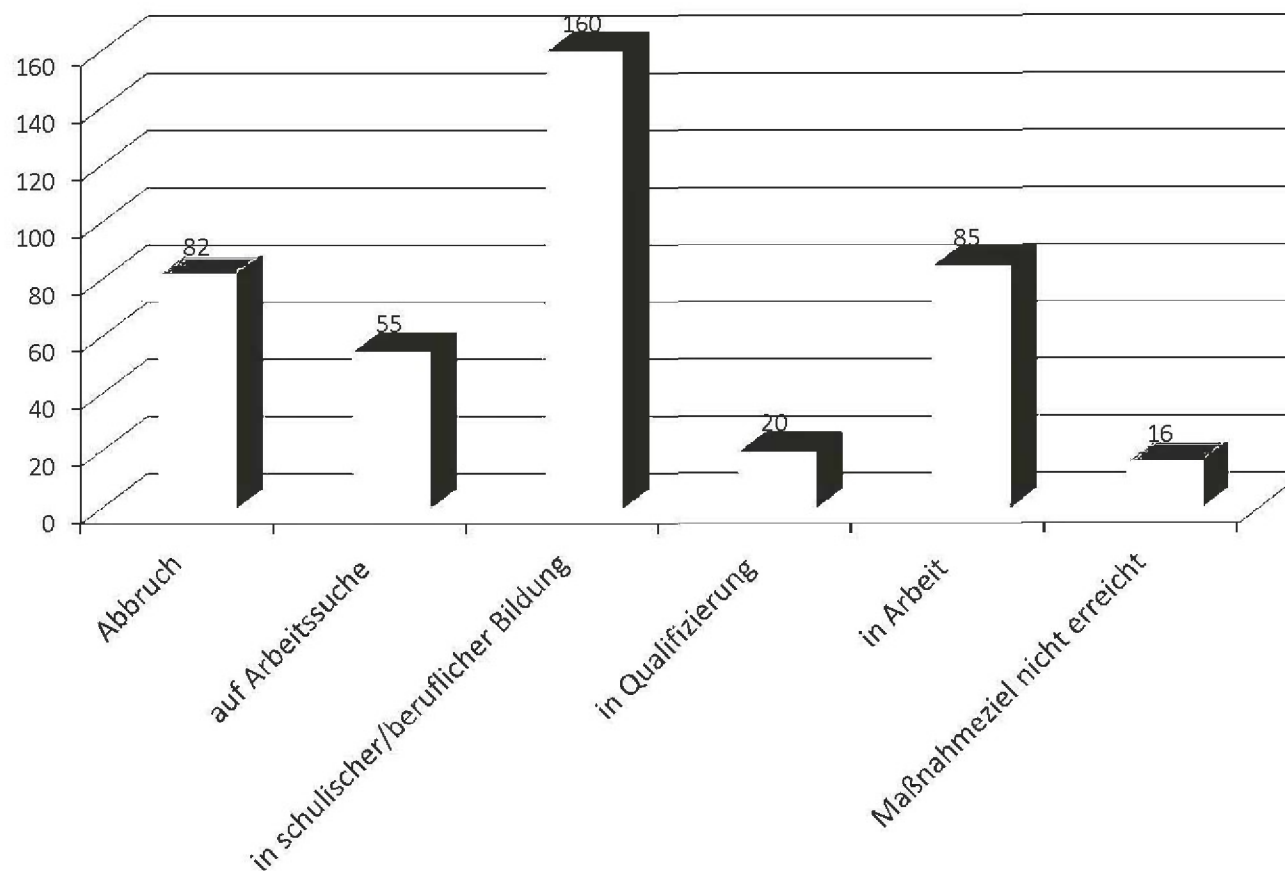
Ergebnisse - Zugänge



Europäische Union

Europäischer Sozialfonds ESF
 Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!

Ergebnisse - Maßnahmeerfolg



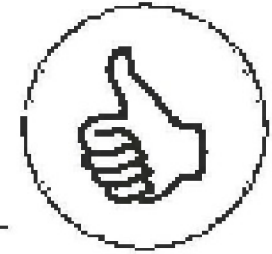
Europäische Union

Europäischer Sozialfonds ESF
 Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!



Hamburg

Ergebnisse - Aktivierung



Aktivierung insgesamt	320
- Nicht erwerbstätig auf Arbeitssuche	55 / 17%
- Teilnahme an schulischer/beruflicher Bildung	160 / 50%
- Teilnahme an Qualifizierung	20 / 6%
- Arbeitsplatz / einschl. Selbstständige	85 / 27%



Europäische Union

Europäischer Sozialfonds ESF
 Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!





www.jugendaktivplus-hamburg.de

Johann- Daniel Lawaetz-Stiftung



Tel.: 040 / 39 99 36 – 43 oder – 44



Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration



Tel. 040/ 42863 -2539



Europäische Union

Europäischer Sozialfonds ESF
Chancen nutzen, Beschäftigung sichern!